

Es informiert Sie	Heike Löber
Telefon (0202)	563 49 28
Fax (0202)	563 85 31
E-Mail	heike.loeber@stadt.wuppertal.de
Datum	05.07.13

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Familie und Gesundheit (SI/0379/13) am 27.06.2013

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Dirk Kanschat , Frau Gabriele Krause , Herr Arnold Norkowsky (Vorsitzender), Herr Günter Pott , Frau Maria Schürmann , Herr Michael Wessel , Herr Dr. Kai Friedrich Zentara ,

von der SPD-Fraktion

Herr Thomas Kring , Herr Wilfried Michaelis , Frau Christa Stuhlreiter ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Ilona Schäfer , Herr Marcel Simon ,

von der FDP-Fraktion

Frau Eva Schroeder ,

von der Fraktion DIE LINKE

Frau Petra Mahmoudi ,

von der WfW-Fraktion

Frau Kirsten Kroll ,

Mitglied mit beratender Stimme

Herr Hans Bernd Engels ,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Reinhard Fliege , Herr Dr. Martin Hamburger , Herr Dr. Christoph Humburg , Frau Barbara Hüppe ,

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kühn , Herr Thomas Lenz , Herr Dr. Jörg Rieger , Herr Uwe Temme , Herr Markus Wilk ,

Schriftführerin: Heike Löber

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:27 Uhr

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung des Ausschusses fristgerecht erfolgte und richtet die Bitte an die Fraktionen, Anträge und Anfragen (im Hinblick auf die geltenden Fristen für Druck und Verschickung der Sitzungsunterlagen) künftig rechtzeitig zu erstellen, bzw. freizugeben.

Als Tischvorlage sind folgende Drucksachen ausgelegt:

VO/0548/13/1-A (Antwort zu TOP 11); sowie VO/0565/13/1-A (Antwort zu TOP 14)

Auf Wunsch mehrerer Ausschussmitglieder werden die Tagesordnungspunkte in folgender Reihenfolge beraten:

TOP 1 → TOP 5 / 5.1 → TOP 16 → TOP 7 → TOP 2 → TOP 3 → TOP 4 / 4.1 → TOP 6 / 6.1 → TOP 8 → TOP 9 → TOP 10 → TOP 11 / 11.1 → TOP 12 → TOP 13 → TOP 14 → TOP 17 → TOP 18 → TOP 19 → TOP 20

Die Beratung zu TOP 15 wird auf Vorschlag des Vorsitzenden einvernehmlich auf die nächste Sitzung verlagert.

Bezüglich des Berichtes „Zukunftsfaktor Ehrenamt“ vom 01.03.2011 äußern die Ausschussmitglieder den Wunsch, Berichte der Servicestelle Ehrenamt künftig zeitnaher zu erhalten, sowie mit dem geplanten Bericht von Frau Lepritz aktuelle Daten zu diesem Bereich zu erfahren.

I. Öffentlicher Teil

1 Fortschreibung von Kennzahlen des Wuppertaler Familienberichtes, Kennzahlen 2007 - 2012 Vorlage VO/0280/13 wurde schon zur letzten Sitzung zugestellt - Berichterstatteerin Frau Schmidt -

Frau Schmidt erläutert auf entsprechende Nachfrage, die Quote von Hilfen zur Erziehung sei im vergangenen Jahr zum ersten Mal gesunken, es habe eine Annäherung an das Fallzahlen-Soll stattgefunden.

Beig. Dr. Kühn verdeutlicht, man habe im letzten Jahr in diesem Bereich zusätzliche Stellen eingerichtet, und so hier einen Schwerpunkt gesetzt. Durch die eingerichteten Stellen könnten passgenauere Hilfen geleistet werden. Der Fallzahlen-Rückgang sei kein Indikator dafür, dass eine Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen eingetreten sei.

2 Betriebskostenzuschüsse 2013 an die Altentagesstätten freier Träger Vorlage: VO/0439/13

Beig. Dr. Kühn erläutert zu Veränderungen bei den Betriebskostenzuschüssen, es gebe zwei Effekte:

Zum einen ein Zuwachs an Beteiligten an der „Verteil-Aktion“, zum anderen eine jährliche Verschiebung zwischen den Anbietern (sei es im Personal- oder Angebote-Bereich)

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 27.06.2013:

Den Trägern der Altentagesstätten werden für 2013 auf Basis der ab dem 01.01.2004 geltenden neuen Förderungsrichtlinien und vorbehaltlich der von der Sparkasse Wuppertal in Aussicht gestellten Spende von 205.000 € Betriebskostenzuschüsse wie in VO/0439/13 aufgeführt gewährt.

Einstimmigkeit

-
- 3 Sachstandsbericht zur bergischen Kooperation der Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid auf dem Gebiet des Gesundheitswesens
Vorlage: VO/0450/13**
- Dr. Rieger kündigt korrigierte Zahlen zum Bereich AIDS-Beratung des Berichtes an.
- Dr. Rieger erläutert auf Nachfrage betr. Synergien, im operativen Bereich habe sich manches unverändert fortgesetzt, in bestimmten Bereichen (Bspl. „Restprogramm“ Zahnärztin für alle drei Städte) habe es Synergie-Effekte gegeben.
- Beig. Dr. Kühn ergänzt zu den wirtschaftlichen Effekten, in der ersten Einschätzung gebe es einen gewissen Zahlungszufluss aus den anderen Kommunen, erwartete Effekte träten ein.
- Zu den Schuleingangsuntersuchungen führt Dr. Rieger aus, man werde die Untersuchungen rechtzeitig abschließen können, es gebe dieses Jahr in diesem Bereich keinen erheblichen Personalausfall. Die zahnärztlichen Untersuchungen an Förderschulen sollen wieder aufgenommen werden. Die Stadt Solingen habe sich einen bestimmten zeitlichen Umfang für die zahnärztlichen Untersuchungen sichergestellt.
- Entgegennahme ohne Beschluss
-
- 4 Zahnärztlicher Dienst im Gesundheitsamt Wuppertal
Große Anfrage der FDP Fraktion vom 05.06.2013
Vorlage: VO/0525/13**
- Entgegennahme ohne Beschluss
-
- 4.1 Antwort zur Großen Anfrage der FDP Fraktion vom 05.06.2013
Vorlage: VO/0525/13/1-A**
- Dr. Rieger erläutert ergänzend, die personelle Besetzung sei ursächlich für das Nicht-Erreichen des Planungs-Solls. Er sagt zu, über die weitere Entwicklung zu berichten.
- Entgegennahme ohne Beschluss
-
- 5 Qualifizierung von EnergieberaterInnen - Prüfauftrag
Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 26.03.2013
Vorlage VO/0306/13 wurde in der Sitzung vom 11.04.2013 einvernehmlich zurückgestellt
Vorlage: VO/0306/13**
-
- 5.1 Zwischenbericht der Verwaltung: In Wuppertal verfügbare Energieberatungsangebote
Vorlage: VO/0485/13**
- Zur Frage des Bedarfes an niedrigschwelliger Energie-Beratung erläutert Herr Lenz, Jobcenter, im Projekt seien 15 – 20 Energieberater (teuer) ausgebildet worden, die Erfahrungen seien ernüchternd: Nur wenige Menschen haben sich vor Ort beraten lassen.
- Dr. Humburg führt aus, das reduzierte Integrations-Budget für Wuppertal sei kritisch, innerhalb von einem Jahr lasse sich keine Nachhaltigkeit erreichen. Dr. Humburg bestätigt einen Bedarf an niedrigschwelligen Angeboten.

Problem seien neben der Finanzierung pauschale Entgelte. In der Prüfung seien Bundesmittel (Caritas).

Zum Punkt Nebenkostenabrechnungen von Leistungsbeziehern erklärt Herr Lenz, Nebenkostenabrechnungen seien höchst unterschiedlich, bei Bedarf (selektiv, bei Auffälligkeiten) kaufe das Jobcenter externe Expertise ein. Es wird um Vorstellen des ‚Basis-Checks‘ der Verbraucherzentrale gebeten.

Entgegennahme ohne Beschluss

-
- 6 Übernahme der Unterkunftskosten nach SGB II/XII**
Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE vom 27. März 2013
Vorlage VO/0320/13 wurde in der Sitzung vom 11.04.2013 einvernehmlich
vertagt
Vorlage: VO/0320/13

Entgegennahme ohne Beschluss

-
- 6.1 Antwort: Übernahme der Unterkunftskosten nach SGB II/XII / Anfrage der**
Ratsfraktion DIE LINKE vom 27. März 2013
Vorlage: VO/0320/13/1-A

Beig. Dr. Kühn weist ergänzend auf das Urteil des Bundessozialgerichtes aus dem Jahre 2012 über eine angemessene Wohnungsgröße/Wohnfläche von 50 qm für einen Ein-Personen-Haushalt hin. Für die Stadt Wuppertal sei eine Kostensteigerung eingetreten.

Bei der Bewertung der Miethöhe von Leistungsbeziehern lege die Stadtverwaltung Wuppertal einen Mittelwert zugrunde.

Entgegennahme ohne Beschluss

-
- 7 Bericht der Verwaltung: Resümee der Maßnahmen des Kältekonzepts für**
den Winter 2012/2013
Vorlage: VO/0484/13

Zur Frage der unterschiedlichen Anzahl der Kontakte im Rahmen des Konzeptes (Barmen/Elberfeld) erläutert Dr. Hamburger, in Barmen gebe es andere Angebote, die Versorgung sei dort leichter.

Frau Mittelman ergänzt, Elberfeld habe einen hohen Anziehungswert für Wohnungslose, auch gebe es dort 2 Übernachtungsstellen. Diesen Winter werde es ein zusätzliches Angebot „Kältebus“ vom SKF geben.

Stv. Wessel würdigt das Engagement des Vorsitzenden und der beteiligten Institutionen in diesem Bereich, und macht auf die Verbesserungswürdigkeit der medizinischen Versorgung der Zielgruppe aufmerksam.

Entgegennahme ohne Beschluss

-
- 8 Ein Wuppertal für Alle - Handlungsprogramm zur Wuppertaler**
Inklusionspolitik
- Berichterstatter Herr Dr. Kühn -

Beig. Dr. Kühn erläutert, der von der Fachverwaltung abgestimmte Entwurf zum Handlungsprogramm habe noch nicht das Einverständnis/die Freigabe der Zentrale der Stadtverwaltung.

Die Drucksache werde zu gegebener Zeit zunächst in den Beirat der Menschen mit Behinderung geleitet.

9 Neuordnung des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderung
Vorlage: VO/0489/13

Herr Fliege erklärt, in der Drucksache fehle die Angabe, dass das DRK in der Vergangenheit 10.000 Fahrten durchgeführt habe, dies zu Selbstkosten, der Stadt Wuppertal gegenüber nachgewiesen.

Die Preisgestaltung des DRK sei bestimmt durch die Leistungsmerkmale behinderten-gerechtes Rollstuhl-Fahrzeug, Besatzung 2 Personen mit Sanitätsschulung (DRK-interner Anspruch), 30 Minuten / 15 Euro pro Fahrt. Die Kündigung des Vertrages sei inhaltlich für das DRK schwer verdaulich, wenngleich das DRK finanziell nicht betroffen sei.

Beigeordneter Dr. Kühn und der Ausschuss danken dem DRK für seine Dienstleistungen.

Herr Stv. Wessel kritisiert die fehlende rechtzeitige Information des Ausschusses. Erst die vorgelegte Drucksache gebe über bereits fest verabredete Tatsachen Auskunft.

Die CDU Fraktion wünscht künftig in vergleichbaren Fällen bereits im Stadium der Vorbereitung Kenntnis zu erhalten.

Beig. Dr. Kühn erläutert, es seien 50.000 Euro Mehrkosten zu berücksichtigen gewesen, aufgrund einer anderen Berechnungsgrundlage/anderer Kostenstruktur könne der Anbieter Fa. Sonnenschein den Fahrdienst deutlich günstiger als das DRK erbringen. Damit bleibe der bisherige Standard bei deutlich günstigeren Kosten für die Stadt erhalten.

Die Qualität der erbrachten Leistung wird durch die Stadtverwaltung intensiv beobachtet, und falls erforderlich, werden geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung eingeleitet.

Die Ausschussmitglieder bitte um Berichterstattung zum Ende des Jahres. Der Frage der Qualifikation der Fahrer der Fa. Sonnenschein wird Herr Lehnen nachgehen.

Entgegennahme ohne Beschluss

10 Kürzung der Taktung und Fahrzeiten der WSW-Buslinien
Große Anfrage
Vorlage: VO/0472/13

Da der Verkehrsausschuss seine Beratungen zum Thema betr. die Anfrage abgeschlossen habe, und für die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg der Tagesordnungspunkt ‚Haltestellenverlegung Eckbusch‘ vorgesehen sei, schlägt der Vorsitzende vor, die Anfrage zuständigkeitshalber zur Beratung an die Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg zu verweisen.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 27.06.2013:

Die Anfrage wird zur Beratung an die Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg verwiesen.

Einstimmigkeit

**11 Zielvereinbarungen Jobcenter
Große Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE vom 11. Juni 2013
Vorlage: VO/0548/13**

Entgegennahme ohne Beschluss

**11.1 Antwort zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE VO/0548/13 Zielvereinbarungen
Jobcenter
Vorlage: VO/0548/13/1-A**

Herr Lenz erläutert ergänzend, die Beamten/Beamtinnen des Jobcenters abgezogen, nähmen fast 100 % der Mitarbeiter/innen an den Zielvereinbarungen teil, zu 98 – 99 % würden die Ziele erreicht.

Beig. Dr. Kühn trägt bei, vom Bund gebe es ein fixes Budget für Personal (des Jobcenters), daraus resultierten die Personalschlüssel.

Herr Lenz fährt fort, 130 Mitarbeiter seien eingestellt worden. Für das Management von schwierigen Fällen kaufe das Jobcenter in nicht unerheblichem Umfang externe Plätze ein.

Entgegennahme ohne Beschluss

**12 Bericht: Entwicklung der Wuppertaler Sprachambulanz seit der
Verfahrensumstellung im August 2012
Vorlage: VO/0554/13**

Entgegennahme ohne Beschluss

**13 SPD-Anfrage zur Sprachbehindertenhilfe Wuppertal vom 13.06.2013
Vorlage: VO/0566/13**

Herr Borbonus, Sprachtherapeut, berichtet, das Elterntaining sei im April 2012 vorgestellt worden, ab Juni wurden Gespräche mit Einrichtungsleiterinnen geführt. Ab August seien „neue U3-Kinder“ in den Tagesstätten, ab September wurde der Fragebogen an die Eltern ausgegeben, im November die Einladung verteilt, im Dezember sei die Testung der Kinder in den Kitas erfolgt. Ab Januar habe es 6 Termine für den Kurs ‚Elterntaining‘ gegeben (im ersten Durchlauf nur mit 2 Eltern durchgeführt, 3 waren/sind vorgesehen).

Die Evaluation habe ergeben, dass die Maßnahme erfolgreich war. Als nächstes werde die Maßnahme in Vohwinkel, dann im Barmer Raum durchgeführt.

Die Kosten der Maßnahme seien über das vom Gesundheitsamt gezahlte Honorar abgedeckt. Bei Therapiebedarf im Einzelfall gebe es eine entsprechende Empfehlung an die jeweiligen Eltern, sowie Kontaktaufnahme mit dem jeweiligen Kinderarzt.

Entgegennahme ohne Beschluss

**14 Familienfreundlichkeit in der Stadtverwaltung
Große Anfrage der Ratsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 13.06.2013
Vorlage: VO/0565/13**

Herr Simon dankt für die schnelle Antwort der Verwaltung und kündigt an, im nächsten Jahr, bzw. nach Besetzung der Stelle im „Familienbüro“, auf die aktuell nicht zufriedenstellend beantwortbaren Fragen zurückzukommen.

Entgegennahme ohne Beschluss

**15 Es ist normal, verschieden zu sein - Wuppertal wird inklusiv
Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 13.06.2013
Vorlage: VO/0569/13**

Es wird vorgeschlagen, die Beratung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 27.06.2013:

Die Beratung wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Einstimmigkeit.

**16 Übernahme des Saarbrücker 4-Punkte-Modells zur Reduzierung der Anzahl von Stromsperrungen
Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE vom 14. Juni 2013
Vorlage: VO/0576/13**

Beig. Dr. Kühn berichtet, es gebe Interesse bei den WSW, das Saarbrücker Modell auszuwerten, die Prüfung laufe. Beig. Kühn schlägt vor, der Verwaltung einen entsprechenden Prüfauftrag zu erteilen. Die Ausschussmitglieder folgen dem Vorschlag.

Herr Lenz trägt ergänzend bei, das Jobcenter habe einen Vertrag mit dem Ressort 201 über den Umgang mit Stromsperrungen (rechtzeitiges Sich-Melden der Kunden vorausgesetzt).

Herr Lenz unterstützt den Vorschlag des Beig. Kühn.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 27.06.2013:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Prüfung des Saarbrücker 4-Punkte-Modells vorzunehmen.

Einstimmigkeit.

17 Bericht aus dem Beirat der Menschen mit Behinderung

Herr Engels berichtet zu:

- Einem Bürgerantrag des Bürgervereins Elberfeld zum Einbau eines Aufzuges zwischen Hauptbahnhof und der Straße Distelbeck.
- Einem bevorstehenden Gespräch mit der Deutschen Bahn über die derzeitige Situation bzgl. des Umbaus am Hauptbahnhof

18 Bericht aus dem Seniorenbeirat

Stv. Wessel berichtet über die Vorträge in der Sitzung des Seniorenbeirates vom 18.06.13 zu:

- Bornscheuerhaus, Einrichtung des „Wohnens mit Versorgungssicherheit“
- Verkehrsführung am Wall / Umbau Döppersberg
- SGB XII - Hilfe zur Pflege

19 Mitteilungen der Verwaltung

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

20 Verschiedenes

Frau Stv. Schäfer schlägt vor, als zusätzlichen Regel-Tagesordnungspunkt für den Ausschuss Soziales, Familie und Gesundheit ‚Bericht aus der Gesundheits- und Pflegekonferenz‘ aufzunehmen.

Die Ausschussmitglieder folgen diesem Vorschlag.

Weiter wirft Stv. Schäfer die Frage nach der Verwendung nicht abgerufener Mittel für Schulsozialarbeit auf.

Beig. Dr. Kühn erklärt, diesbezüglich müsse Druck auf Land und Bund ausgeübt werden, zu einer Lösung zu kommen.

Stv. Arnold Norkowsky
Vorsitzender

Heike Löber
Schriftführerin